

It can't go on

Government spending, % of GDP

	1970	1980	1990	2000	2005	2008
Austria	18.3	17.0	16.1	23.3	25.7	26.2
Belgium	19	22.8	22.1	21.8	26.2	26.0
Denmark	8.6	12.7	20.2	23.0	22.2	21.0
France	19	26	25.7	25.3	28.8	30.0
Germany	12.8	17.0	21.0	23.0	24.8	26.1
Greece	13.8	14.8	21.0	24.1	22.4	21.0
Ireland	12.7	17.1	20.1	21.1	20.3	21.0
Japan	8.9	8.9	14.0	23.4	17.9	17.0
Netherlands	9.1	9.0	15.0	19.3	19.0	18.1
Spain	11.0	13.5	15.2	18.8	22.2	22.0
Sweden	5.7	10.4	20.0	24.5	20.1	19.0
Switzerland	18.8	14.0	11.0	14.1	17.2	17.0
United States	7.5	9.5	11.2	17.1	19.4	19.0
Average	13.4	17.7	18.6	21.8	21.4	21.0

Source: OECD and European Commission

*2008-2007 and 2007-2006; **2008-2007 and 2007-2006

Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich:

den, der sich selbst nicht helfen kann, etwas wegnehmen. In dieser Hinsicht hat der Staat durchaus die soziale Verantwortung, die früher von Familien bzw. Großfamilien abgedeckt wurde. Der Kostgeber war eine alltägliche Selbstverständlichkeit und Bürgerspitäler, Bürgerstiftungen zeugen heute noch von der Eigenverantwortlichkeit der Bürgerschaft. Diese Möglichkeiten sind heute ungenutzt und könnten durchaus wieder belebt werden nur dort, wo niemand hilft, muss der Staat einspringen, das wäre durchaus auch seine Aufgabe. Voraussetzung dafür ist aber ein attraktives Steuersystem und die richtigen Anreize, damit diese Aufgaben auch übernommen werden. Dafür gäbe es genügend Mittel."

"Diese Dogmatik: hier Staat und dort Privat - und das gegeneinander ausspielen zu wollen, ist absurd", betont Josef Schuch, "denn beide bedingen einander. Die Wirtschaft braucht die Staatsordnung, weil sonst das Faustrecht herrscht oder Krieg mit der Devastierung von Städten oder ganzen Landstrichen, auch die Börsenkurse auf Talfahrt befördert sowie Volksvermögen in den Bankrott getrieben werden. Also in Summe ginge es dann allen schlecht. Wenn es keine Ordnungsmacht gibt, dann gibt es noch weniger Gerechtigkeit", so der Steuerberater und Wirtschaftsprofessor. Und: wo keine Wertsteigerung, dort keine Investition.

Für eine Friedensordnung sind erfolgreiche Wirtschaftstreibende auch gerne bereit Steuern zu zahlen, meint Schuch, allerdings „unter Berücksichtigung eines individuellen Fairnessaspekts. Menschen, die viel Geld verdienen, möchten ihren Besitz logischerweise nicht verlieren. Zu den Aufgaben eines modernen Staats zählt unter anderem, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. „Die Steuern können somit als Prämien einer Versicherung gesehen werden“, räumt Josef Schuch ein, „die man sinnvollerweise nur vom Staat kaufen kann, weil er al-

„Die gesamte Wirtschaft ist in einer Pyramide strukturiert: Es gibt wenig ganz Große, mehr mittelgroße und am meisten kleine Unternehmen“, macht Josef Schuch die Verflechtungen in der Ökonomie verständlich. Die großen können nicht alles selbst bewerkstelligen, weil sie in verschiedenen Bereich nicht so effizient agieren können wie kleinere Einheiten. Und deswegen brauchen sie die Stufe darunter, und diese benötigt auch wieder kleinere Einheiten. Das heißt, Großkonzerne und KMU brauchen einander. Das ist die perfekte symbiotische Beziehung. In dieser vertikalen Reihe gibt es durchlässige Diffusion, d.h. kleine Unternehmen schließen sich oftmals zusammen und große Unternehmen werden zerschlagen. Das ist ein regelmäßiger Kreislauf.

Dieser Kreislauf funktioniert auch im Staatsgefüge, denn genauso braucht der vermögende Spitzenverdiener den, der wenig verdient und kein Vermögen hat und umgekehrt. Immerhin berappt das Bestverdienende eine Prozent der österreichischen Bevölkerung an die 40 Prozent der gesamten Einkommenssteuer

„Ich habe noch keinen einzigen ‚Kleinen Mann von der Straße‘ gesehen, der etwas dagegen hat, dass ein ‚Großer‘ sein Bier zahlt“, erzählt Josef Schuch. „Der ‚Kleine‘ schickt seine Kinder in den Kindergarten, in die Schule, wird jederzeit auf gut asphaltierten

leinen für eine universelle Stabilität garantieren kann. Die Frage stellt sich dann aber: wie hoch soll diese Versicherungsprämie sein?“ Und dabei bemerkt der Steuerexperte anhand der Reaktionen seiner Klienten, dass die Schmerzgrenze bei 44 Prozent Steueraufkommen bereits überschritten ist.

Wirtschaft als Kreislauf

Straßen ins Krankenhaus fahren, wo er erstklassig versorgt wird, und das alles praktisch zum Nulltarif, und außerdem zahlt er selbst keine Steuer. Dass dafür ein anderer mehr in das System einzahlt als er verbrauchen kann, ist dem ‚kleinen Steuer oder Nichtsteuerzahler‘ auch durchaus bewusst.“

Wenn jene Zahler, die die Hauptlast der Steuer tragen, das Land verlassen, wird's jedoch eng für Österreich. Denn mehr als 40 Prozent der österreichischen Einkommenspflichtigen zahlen überhaupt keine Steuer.

„Die großen Cash-Gesellschaften der multinationalen Konzerne haben sich bereits in den vergangenen 20 Jahren in Holland, Belgien, Luxemburg oder der Schweiz angesiedelt“, berichtet Josef Schuch. „Alleine in holländischen Strukturen liegen über 1000 Mrd. an Konzernfinanzierungscash, die entsprechend hohe Zinsen generieren und in den Niederlanden entsprechend wettbe-



„Eine ‚simple - flat tax‘, also ein niedriger Steuersatz für jede Art von Einkommen wäre eine Methode, die Steuermoral zu heben und gleichzeitig unsere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Bereich zu fördern“, ist sich Dr. Barbara Kolm, Generalsekretärin des Hayek Instituts gewiss.

Foto: Petra Spiola

werbsfähig besteuert werden. Holland schafft sich durch diese Positionierung ein Steueraufkommen in Milliardenhöhe.“ Dabei würde Österreich für viele europäische, allen voran deutsche Konzerne, wesentlich mehr Sinn machen, da im Gegensatz zu Holland in Österreich meist auch reale unternehmerische Strukturen vorhanden sind.

Würden unsere Politiker eine ernstzunehmende Einladung an Top-Player aussprechen, würde das passieren, was sich die Bundesregierung wünscht“, sagt Josef Schuch. „Und die bisher von Hausbauern und KMU gezahlten Steuern würden, und dann noch dazu gerne, von Multinationalen Konzernen übernommen werden.“

Wer zählt zu den Systemerhaltern, dem sogenannten Mittelstand?

In Österreich waren 2009 rund 6,1 Mio. Menschen lohnsteuerpflichtig, 2,2 Mio. davon Pensionisten und 2 Mio. fielen unter die Steuerfreigrenze. Nur 1,9 Mio. Personen zahlten mehr ins System ein, als sie daraus bezogen.